

Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 04. Dezember 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-03-0094

**Energiemix für Wiesbaden 2020 - GuD-Kraftwerk Ingelheimer Aue
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0147 vom 21.8.2012**

Der ESWE-Vorstand hat presseöffentlich die Erwartung geäußert, dass die ESWE Versorgungs AG in zehn Jahren ihren Strom zu 75 Prozent aus erneuerbaren Energien und zu 25 Prozent aus Gaskraftwerken beziehen wird. Er geht dabei von der Annahme aus, dass einschließlich Geothermie, Biomasse und Windkraft aus der Region über 400 Millionen Kilowattstunden produziert und damit etwa 130 000 Haushalte sicher mit Strom versorgt werden können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich die von ESWE geplanten Vorhaben zum schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt sich für eine zeitnahe Umsetzung ein. Angesichts der Tatsache, dass bislang keine geeigneten Flächen für Windparks zur Verfügung stehen, dass die Erkundungen zur Geothermie noch nicht weit fortgeschritten sind und dass zeitaufwändige Genehmigungsverfahren zu erwarten sind, bestehen allerdings Zweifel an der Einhaltung des angestrebten Zeitplans.

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit auch in Spitzenlastzeiten kann nach Auffassung der Grünen nur sichergestellt werden, wenn das bereits genehmigte Gas-und-Dampfturbinen-Kraftwerk (GUD-Kraftwerk) auf der Ingelheimer Aue durch die KMW gebaut und in Betrieb genommen wird. Bauzeit und Investitionskosten sind gegenüber einem Kohlekraftwerk gleicher Leistung um ca. 50 Prozent reduziert. Als effizientes Kraftwerk mit einem hohen Wirkungsgrad, dank kurzer Startzeiten und der Möglichkeit schneller Laständerungen könnte das GuD-Kraftwerk bei Bedarf flexibel zugeschaltet werden und so die Erneuerbaren Energien ergänzen. Laut ESWE fehlen derzeit die erforderlichen Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb des GuD-Kraftwerks.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ESWE zur Vorlage eines Berichtes zur Perspektive einer sicheren Energieversorgung bis zum Jahr 2020 für das Wiesbadener Stadtgebiet aufzufordern, in dem u.a. die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Inbetriebnahme des GuD-Kraftwerks bzw. die Alternativen bei Nichtinbetriebnahme dargestellt werden.

Beschluss Nr. 0223

1. Der Bericht des Oberbürgermeisters vom 05.11.2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird festgestellt, dass sich aus dem Bericht weitere Fragen ergeben, die bis zur Sitzung am 22.01.2013 zu konkretisieren sind.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2012

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2012

Dezernat I
Dezernat II
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister